

SP-Präsidium, Endenicher Allee 19 (Container), 53115 Bonn

Beschlussausfertigung
vom 30.04.2026

Präsidium des 48. Bonner
Studierendenparlamentes

Telefon [+49 228 73-7033](tel:+49228737033)

E-Mail sp@uni-bonn.de

Adresse Endenicher Allee 19
(Container), 53115 Bonn

Webseite <https://sp.uni-bonn.de>

Beschlussausfertigung: **Gegen jede Form der Diskriminierung, für Gleichberechtigung und Emanzipation**
Antragstellende: Ina Hiebel und Ella Wunderlich
(für die Fraktion dielinke.SDS)
Sitzung des Beschlusses: 3. ordentliche Sitzung
Datum der Sitzung: 2026-04-29

Das 48. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat in seiner **3. ordentlichen Sitzung** den angehängten Antrag „**Gegen jede Form der Diskriminierung, für Gleichberechtigung und Emanzipation**“ der oben genannten Antragstellenden **mehrheitlich**, in zweiter Lesung geändert durch einen Eigenänderungsantrag, beschlossen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Paul Ludwig'.

Paul Ludwig
Erster Sprecher

Anlagen:

1. Beschlossener Antrag

Das 48. Bonner Studierendenparlament hat beschlossen:

Diskriminierung richtet sich gegen Minderheiten oder minorisierte Personengruppen, beispielsweise ethnische oder religiöse Minderheiten aber auch behinderte Personen, Frauen oder queere Personen. In diesen Strukturen gibt es Menschen, die davon profitieren und Andere, die durch eben diese Strukturen Diskriminierung erfahren. Und auch viele Positionierungen dazwischen, die sich aus Privilegierung in Bezug auf eines der Dominanzverhältnisse und Benachteiligung in Bezug auf ein anderes zusammensetzen. Die verschiedenen Diskriminierungsformen unterdrücken unterschiedliche Personengruppen, und haben daher verschiedene Erscheinungsformen, Ausprägungen und Denkmuster. Beispielhaft zu nennen sind Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Ableismus und Ageism - dies stellt aber keine abschließende Liste dar. Dabei lässt sich trotz aller Verschiedenheiten erkennen, dass sie alle unser derzeitiges System und die darin bestehenden Machtdynamiken und Herrschaftsstrukturen stabilisieren, sowie den „Profitierenden“ materielle Vorteile bringen. Gemeinsames Bekämpfen ist nicht nur wegen der gemeinsam zugrundeliegenden Mechanismen notwendig, sondern auch aufgrund der Verwebung der einzelnen Diskriminierungsformen, da viele Personen mehrfach betroffen sind. Diese intersektionale Betrachtung erkennt die Überschneidung mehrerer Diskriminierungskategorien an, die nicht nur zu einer Summe dieser Diskriminierungserfahrungen führt, sondern spezifische Unterdrückungsmechanismen hervorruft. Wir alle sind innerhalb dieser Strukturen mit diskriminierenden Denkmustern aufgewachsen und erzogen worden. Daher sind wir alle erst einmal daran beteiligt, diese zu reproduzieren. Durch ein ent-, neu- oder umlernen können wir versuchen, dieser Reproduktion entgegenzuwirken. Daher sind auch wir alle Verantwortlich für das Bekämpfen und Überwinden dieser Diskriminierungen.

Als Vertretung unserer gesamten Studierendenschaft sollte es uns als Studierendenparlament und AStA ein Anliegen sein, die Interessen aller Studierenden miteinzubeziehen und es allen, unabhängig von der jeweiligen gesellschaftlichen Position, ermöglichen, sich zu beteiligen. Dafür ist die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Diskriminierungsformen für uns unerlässlich. Daher beschließen wir:

- Das Studierendenparlament erkennt die in der Gesellschaft strukturell verankerten Diskriminierungsformen an.
- Das Studierendenparlament erkennt an, dass Diskriminierung und strukturelle Ausgrenzung keine Einzelfälle, sondern in den bestehenden ökonomischen, gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen tief verwurzelt sind.
- Das Studierendenparlament verpflichtet sich dazu, in seiner Arbeit diese Diskriminierungsformen zu vermeiden und aktiv auszugleichen, unter anderem durch:
 - Die Verwendung diskriminierungsfreier Sprache
 - Informierende/Weiterbildende Vorträge, wie z.B. über Machtmissbrauch vom Studium & Lehre Referat, weiter gefördert werden und im Studierendenparlament angekündigt werden

- das Verwenden dieses Antrags als Orientierung für die Arbeit des Schlichtungsgremiums
- Das Studierendenparlament und der AStA sollen sich (weiterhin) konsequent für Gleichberechtigung und Emanzipation an und innerhalb der Universität einsetzen, indem:
 - der AStA sich weiterhin in Veranstaltungen kritisch mit verschiedenen Formen von Diskriminierung auseinandersetzt.
 - Forschung, die zur Gleichberechtigung und Emanzipation unterdrückter Gruppen beiträgt, eingefordert und unterstützt wird.
 - anerkannt wird, dass Diskriminierungsformen, ihre Herkunft und Auswirkungen Gegenstand des politischen aber auch wissenschaftlichen Diskurses sind und, dass politisch festgelegte Definitionen diese wissenschaftliche Auseinandersetzung weder gefährden noch unterbinden dürfen.
 - Lehre, die kritische Ansätze vermittelt und die strukturellen Diskriminierungsformen miteinbezieht, eingefordert und unterstützt wird.
 - auf zwischenmenschlicher- und Arbeitsebene diskriminierendes Verhalten konsequent benannt, aktiv dagegen vorgegangen und ein Bewusstsein dafür geschaffen wird.

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]